



Pressestelle Öffentlichkeitsarbeit

Pastor Klaus Ulrich Ruof
Pressesprecher
Ludolfusstr. 2-4
60487 Frankfurt am Main

Telefon 069 242521-152
Mobil 0176 83110293
Telefax 069 242521-129
oeffentlichkeitsarbeit@emk.de
www.emk.de

Pressemitteilung

Frankfurt am Main, den 6. Mai 2016

Frei zur sofortigen Verwendung

Mennoniten und Methodisten warnen vor Spaltung der Gesellschaft

Offener Brief an die AFD betont Recht auf Religionsfreiheit für alle

FRANKFURT am Main – Freitag, den 6. Mai 2016 – Aus Anlass des kürzlich verabschiedeten Grundsatzprogramms der AFD wenden sich Mennoniten und Methodisten in einem Offenen Brief an die AFD und betonen das uneingeschränkte Recht auf Religionsfreiheit für alle Religionen.

Die Arbeitsgemeinschaft mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) und die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland (EmK) nehmen das am vergangenen Wochenende verabschiedete Grundsatzprogramm der Partei „Alternative für Deutschland“ (AFD) zum Anlass, „die Religionsfreiheit als fundamentales, unveräußerliches Menschenrecht“ hervorzuheben. Doris Hege, die Vorsitzende der AMG, und Rosemarie Wenner, die Bischöfin der EmK, äußern ihre „Sorge“ angesichts der im AFD-Grundsatzprogramm stehenden Äußerungen zur Religionsfreiheit und sehen sich in „Verantwortung, darauf zu reagieren“.

Gemeinsam verweisen sie auf das im Artikel 4 des Grundgesetzes verankerte Recht auf Religionsfreiheit. Dies gelte auch für Angehörige des Islams, deren Recht auf freie Religionsausübung nicht beschränkt werden dürfe. Es gehöre zu den „Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft“, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens und ohne Glauben gewaltfrei und friedlich zusammenleben könnten. Der „Dialog der Religionen“ sei dabei ein „wichtiges friedensstiftendes Element“. Mit deutlicher Kritik am Grundsatzprogramm der AFD heißt es dann: „Polarisierungen, Pauschalierungen und Ausgrenzungen durch politische Parteien tragen dazu bei, die Gesellschaft zu spalten“. Es sei nicht zulässig, einzelnen Religionen gegenüber „das in der demokratischen Grundordnung verankerte Recht auf Religionsfreiheit zu unterhöheln“, indem wegen Aktionen extremistischer Gruppen eine ganze Religionsgemeinschaft in Misskredit gebracht werde.

Deshalb fordern AMG und EmK in dem Offenen Brief an die AFD, dass es „keine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Religionen“ geben darf. „Stattdessen“, so endet das Schreiben der Leiterinnen der beiden Freikirchen, „betrachten wir die Gestaltung eines

friedvollen Verhältnisses zu Menschen anderer Religionen als ein wichtiges Bewährungsfeld – für Kirche und Gesamtgesellschaft“.

Klaus Ulrich Ruof
Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Pressesprecher

Martina Basso
Mennonitisches Friedenszentrum Berlin

Anlage

Offener Brief der EmK und AMG an die AFD im Wortlaut

Hinweise für die Redaktionen:

Gleichlautende Mitteilung wird heute auch vom Mennonitischen Friedenszentrum Berlin und vom Beauftragten der Vereinigung Evangelischer Freikirchen am Sitz der Bundesregierung in Berlin versendet.